

Dr. Stefan Bollinger

Beitrag auf der 23. Tagung der Historischen Kommission am 7. März 2015

### **Geschichtspolitik und Machtpolitik um den 70. Jahrestag der Befreiung**

Muss der 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung feierlich begangen werden, muss eine deutsche Regierungschefin gar nach Moskau reisen, um die Siegermacht Russland zu ehren? Oder geht es eine Nummer kleiner? Denn Russland ist heute für die US-Politik, damit auch für die BRD, zu einem Störfaktor geworden, der die 1989/91 eingeleitete Neuordnung Europas und der Welt nicht mehr hinnehmen will, wie jüngst die Ukraine-Krise demonstriert. Damit stehen auch die historische Leistung der Sowjetunion im Krieg gegen den deutschen Faschismus und der Wert ihres Sieges zur Disposition. Linke werden sich dem stellen müssen, um Position in den heutigen Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden zu beziehen und sich ihrer eigenen Geschichte zu vergewissern.

#### *Geschichtspolitik als Kampffeld*

Denn wieder einmal wird Geschichtspolitik zum Stellvertreterschauplatz politischer Kämpfe und in ihrer spezifischen Interpretation zum Stichwortgeber politischer Grabenkämpfe. Im Kern der aktuellen Auseinandersetzung geht es um die Rolle der Sowjetunion, respektive Russlands, in den deutsch-russischen Beziehungen und genereller in den Beziehungen des westlichen Bündnisses zum als bedrohlich empfundenen, wiedererstarkten und aufmüpfig gewordenen östlichen Nachbarn. Dabei reduziert sich diese Auseinandersetzung nicht auf den Mai 2015, sie wird ihre Weiterführung im nun bundesweit neu etablierten "Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung" am 20. Juni finden und sie wird auch nicht im nächsten Jahr anlässlich des 75. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion beendet sein. Was im Streit um die Teilnahme an Festveranstaltungen seinen skurrilen, allerdings für Russland höchst verletzenden Ausdruck findet, das hat im Kontext der Ukraine-Krise längst zu einer neuen Eiszeit in den Beziehungen zwischen Berlin und Moskau geführt, allerdings einem, wenn auch wesentlichen Nebenschauplatz des Konflikts USA-Russland. Manche Sorge um eine neue Vorkriegszeit gewinnt Kontur.

Mit Unglauben und Verachtung haben nicht nur linke Politiker zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Bundesregierung mit dem bevorstehenden Jahrestag der Befreiung nichts zu tun haben will. Genauer, dass diese trotz ihrer sonst so großen Begeisterung für geschichtspolitische Themen und Jubiläen keinen Handlungsbedarf sieht. Das ist umso bemerkenswerter, als sie es sich im Vorjahr nicht nehmen ließ, an den "Ausbruch" des Ersten Weltkriegs zu erinnern und durchaus wohlwollend die umfängliche geschichtspolitische und geschichtswissenschaftliche Hype um diesen Jahrestag begleitete.

Dies ist auch verwunderlich angesichts der angemessenen Aufmerksamkeit, die höchste Repräsentanten dieses Staates dem 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz mit seinen letzten Überlebenden des Holocaust widmeten. Freilich betont die Bundesregierung, so auf eine entsprechende Anfrage der Fraktion der Partei Die Linke, dass sie "sich ihrer immerwährenden Verantwortung bewusst (ist), an die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes zu erinnern und seiner Opfer zu gedenken, und (sie) fördert daher insbesondere dauerhaft Gedenkstätten, die sich der Aufarbeitung dieser Verbrechen und dem Gedenken an die Opfer widmen". Die Bundesregierung ist in der z Antwort nicht bereit, einen Widerspruch zwischen der breiten Beschäftigung mit dem Ersten Weltkrieg und den diesjährigen Erinnerungspolitischen Aktivitäten zu erkennen. Vielmehr betont sie: "Aus diesem

gesteigerten Interesse den Schluss zu ziehen, dass damit eine Entlastung von der Schuld Deutschlands an Angriffskriegen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schweren Kriegsverbrechen während des NS-Regimes verbunden sei, ist abwegig.

Im Gedenkjahr 2015, in dem das Ende des Zweiten Weltkrieges wie auch die Befreiung der meisten Konzentrationslager sich zum 70. Mal jähren, wird die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg sicherlich auch in den Medien und in der Öffentlichkeit wieder stärker in den Fokus treten."<sup>1</sup>

Wenn die Bundesregierung letztlich die zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteure dieses Landes in der Pflicht sieht, allerdings bei besonderer Betonung der Rolle von "fachkundigen (insbesondere bundesunmittelbaren) Einrichtungen der politischen, historischen und kulturellen Bildung ...", garantiere dies, "dass kein staatlich verordnetes Geschichtsbild, sondern ein wissenschaftlich fundiertes und gesellschaftlich verankertes Erinnerungswesen gefördert wird".<sup>2</sup>

Dieses Vorgehen entspricht der generellen Herangehensweise an Geschichtspolitik, vornehmlich im Sinne von Erinnerungspolitik, die deutsche Politik betreibt. Also ein scheinbar über den Dingen stehender Umgang mit Geschichte. Praktisch wird jedoch durch die Lenkung der finanziellen Mittel, durch symbolische politische Aktivitäten, aber auch einem im Mainstream verankertem Geschichtsbild selbstredend handfest Politik gemacht.

Die diesjährige Zuspitzung in dieser Frage entzündete sich am Verhalten gegenüber Russland. Das Gerangel um eine mögliche Teilnahme der Bundeskanzlerin an den Gedenkfeierlichkeiten in Moskau endete vorerst mit der Teilnahmeabsage zur Militärparade auf dem Roten Platz am Tag des Sieges. Ersatzweise kündigte die Kanzlerin ihren Besuch in Moskau am Folgetage mit einer Kranzniederlegung u.a. am Grabmal des unbekanntem Soldaten an.

Scheinbar ist dies nur ein besonderes Problem angesichts der heutigen Politik Russlands gegenüber seinen Nachbarn und dem harten Widerstand, den die westlich dominierte Weltgemeinschaft dagegen einnimmt. Aus Moskauer Sicht stellt sich dies naturgemäß anders, als Versuch zur Abwehr einer neuen Einkreisung dar. Für den Westen ist aber klar: Ein als aggressiv eingestuftes Land könne dafür nicht belobigt und geehrt werden, dass es vor Jahrzehnten einen anderen Aggressor in die Schranken wies und vernichtete. Besonders unter dem Eindruck der Vorbehalte der osteuropäischen postkommunistischen Regime kommt hinzu, dass diese Wertschätzung auch keinem Lande gelten dürfe, das eigentlich die Befreiung von einer totalitären Diktatur nur genutzt habe, sie durch eine andere zu ersetzen.

Unter diesem erweiterten Blickwinkel wird die Episode 2015 zu einem Teil genereller Neuausrichtung von Kriegs- und Nachkriegsgeschichte zumindest in Europa im Bezug auf die östliche Großmacht mit der Hauptstadt Moskau und ihrem jeweiligen Einzugs- und Interessenbereich.

### *Die bundesdeutsche Entdeckung der Befreiung*

Hier müssen konsequent etwas größere Zeiträume bundesdeutscher Geschichtspolitik in den Blick genommen werden, die immer Teil einer generellen außenpolitischen Strategie und des kapitalistischen ordnungspolitischen Selbstverständnisses waren und sind. Allerdings mit der

---

<sup>1</sup> Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dagdelen, Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/3634 – Bekämpfung der Verherrlichung des Nazismus. Deutscher Bundestag 18. Wahlperiode. Berlin. Drucksache 18/3779 vom 20.01.2015, S. 6.

<sup>2</sup> Ebd., S. 7.

Besonderheit, dass nach der Herstellung der deutschen Einheit – mit ausdrücklicher sowjetischer Zustimmung, die für einen vergleichsweise geringen Preis politisch erkaufte wurde, - das vereinte Deutschland wirtschaftlich, politisch, bedingt auch militärisch sich einer neuer Verantwortungsrolle in Europa und der Welt bewusst ist und sie mit seinen Mitteln entschlossen durchsetzt.

Dass dies eine Führungsrolle ist, für die die Berliner Republik auf Zustimmung stößt, die sich vornehmlich mit ihrer wirtschaftlichen Stärke paart, aber konsequent neoliberal daherkommt, gehört zu den Besonderheiten der neuen Weltordnung. Bundespräsident Joachim Gauck dechiffrierte der interessierten Welt der Mächtigen auf der Münchner Sicherheitskonferenz im vergangenen Jahr das heute offen ausgesprochene deutsche Verantwortungsgefühl – für sich und die Welt. "Nun vermuten manche in meinem Land im Begriff der 'internationalen Verantwortung' ein Codewort. Er verschleierte, worum es in Wahrheit gehe. Deutschland solle mehr zahlen, glauben die einen. Deutschland solle mehr schießen, glauben die anderen. Und die einen wie die anderen sind überzeugt, dass 'mehr Verantwortung' vor allem mehr Ärger bedeute." Für ihn trifft dies alles zu. Doch er bleibt blumig: "Lassen Sie uns also nicht die Augen verschließen, vor Bedrohungen nicht fliehen, sondern standhalten, universelle Werte weder vergessen noch verlassen oder verraten, sondern gemeinsam mit Freunden und Partnern zu ihnen stehen, sie glaubwürdig vorleben und sie verteidigen."<sup>3</sup> Und die Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen meldet 2015 auf dem Höhepunkt der Ukraine-Krise forsch: "Is Germany ready to lead?' Meine Antwort: Ja, wir sind bereit."<sup>4</sup> Wenn es denn doch etwas verklausuliert als "Führen aus der Mitte" daherkommt, was unterstellt, dass die lieben Partner gefälligst akzeptieren sollen, dass sie geführt werden wollen. Noch ist manchmal bundesdeutsche Politik zu oft zögerlich, zu abwartend. Das lässt einen kleinen Rest Hoffnung ob einer rationalen Einsicht in die Risiken einer solchen Politik. Einen sehr kleinen Rest ...

Nicht nur fragende Gesten der Verbündeten, zuallererst die USA, treibt deutsche Politik voran. Denn die wollen nicht nur Geld sehen, sondern auch deutsche Soldaten an den Brennpunkten der Welt. Deutsche Politiker begreifen, dass neben dem Scheckbuch militärische Präsenz zählt. Wie ideal, dass sich linksliberale publizistische Unterstützung schnell findet, wie vom einflussreichen französischen Soziologen Alain Minc, der sich und die Welt fragt "ob uns eine Bundesrepublik lieber ist, die sich aus der Geschichte weitgehend verabschiedet hat, oder, im Gegenteil, ein Deutschland, das bereit ist, eine gemäßigte Machtposition einzunehmen?"<sup>5</sup> Die Frage stellen heißt sie beantworten – nur dass heute die Eliten und ihre Intellektuellen darüber sprechen, was seit Jahrzehnten bereits funktioniert.

Macht- und Hegemoniefragen haben immer eine Geschichte, haben Nutznießer und Verlierer. Das trifft auf den Weltmachtanspruch des deutschen Faschismus und seine gewaltsame Zurückweisung ebenso zu wie auf die Bedingungen einer neuen Weltordnung nach dem Ende der sich auf 1945 bezogenen Nachkriegszeit und -ordnung.

Das wirft aber die Frage nach genau dem Verständnis von Geschichte, von deutscher, europäischer und Weltgeschichte seit 1945 auf. Dazu gehört, dass die Mehrzahl der Bürger Deutschlands bewusst oder unbewusst dieses neue Bewusstsein der Stärke und des Neuanfangs – auch in der Geschichte, die endlich einen Schlussstrich verdiene – teilt. Denn

<sup>3</sup> Joachim Gauck: Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen. Rede zur Eröffnung der 50. Konferenz für Sicherheitspolitik in München vom 31.01.2014. München - <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html?nn=1891680#Start> [04.02.2014 20:44].

<sup>4</sup> Manuskript der Rede der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, anlässlich der 51. Münchner Sicherheitskonferenz München, 6. Februar 2015. Berlin - <http://www.bmvg.de/resource/resource/MzEzNTM4MmUzMzMyMmUzMTM1MzMyZTM2MzIzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY5MzU3NDZkNjQzMDY3NzMyMDIwMjAyMDIw/150206-Redemanuskript%20BMin%20von%20der%20Leyen%20MSC%202015.pdf> [08.02.2015 22:04].

<sup>5</sup> Alain Minc: Vive l'Allemagne! Was Deutschland alles richtig macht -und was nicht. Herder Verlag Freiburg-Basel-Wien 2013, S. 9.

sie profitieren bislang davon, weil sie durch eine breite mediale Manipulation und Desinformation auf diesen Kurs eingeschworen werden. Selbst die linke Opposition wirkt unentschlossen ob des Behauptens ihrer friedenspolitischen Konsequenz. Noch sichert Bequemlichkeit mehr als Einsicht, dass der Ruf nach den Waffen übermäßig beliebt ist. Aber die pazifistische Grundeinstellung der Deutschen ist längst gebröckelt. Nicht nur Konservative, auch Sozialdemokraten und Grüne, vermehrt selbst Politiker der Partei Die Linke wollen weltpolitische "Verantwortung übernehmen" und nicht mehr abseits stehen. "Humanitäre Katastrophen", was und wo auch immer diese sein sollen, erforderten auch friedenserhaltende Maßnahmen, zur Not mit "robusten Mandat", also der Bereitschaft zum Krieg.

Die Erfahrungen des Krieges, das Versprechen, nie wieder ein Gewehr in die Hand zu nehmen, die Erwartungen an die große Friedensordnung mit der noch größeren Friedensdividende nach dem Ende der Blockkonfrontation scheinen vergessen.

Die Bundesrepublik spielt hier zweifellos eine Schlüsselrolle, denn es geht um das Schicksal ihres Vorgängerstaates, der 1945 in Blut und Trümmern unterging und der nach übereinstimmender Auffassung der damaligen alliierten Sieger durch Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung, auch Demontage verschwinden sollte und als friedliebender Staat im Herzen Europas wieder auferstehen sollte. Es geht um den eigenen Platz in der Geschichte, die dieses Programm verwirklicht haben und verwirklichen mussten. Wobei schon bald statt des einen zwei Staaten diese Erbschaft antreten mussten und sich unterschiedlich, lange Zeiten auch feindselig zu einander, entwickelten.

Für eine radikale Linke und dann für die DDR war es leichter, die Zäsur 1945 als einen Neuanfang zu begreifen, denn sie wollten tatsächlich einen Ausbruch aus dem Kapitalismus, der den Faschismus mit seinem Terror, seiner Rassenvernichtung und seinem Versuch zur Eroberung der Weltherrschaft hervorgebracht hatte. Auch wenn diese Politik bei den einsichtigeren Teilen der herrschenden Klasse im Westen – nicht zuletzt unter dem Eindruck ihres blutigen Scheiterns – ebenfalls verworfen wurde und der antifaschistische, antidiktatorische Impetus unter dem Eindruck der alliierten Reeducation ernst genommen werden muss, es blieb ein Bruch in den Methoden der Verwirklichung kapitalistischer, imperialistischer Politik, nicht – wie im Ostblock, in der DDR erstrebt – ein Bruch mit der Kapitallogik und ihren Konsequenzen.

Die Neuorientierung deutscher Politik blieb eingebunden in eine Systemauseinandersetzung, die Zuschreibungen vereinfachte, die aber auch das konkrete Verhalten der politischen Akteure vorbestimmte: Sie ging einher mit einer Auseinandersetzung um die Gesellschaftsziele, um die Unterordnung und Zuordnung zu den Blöcken und ihren führenden Supermächten – Sowjetisierung versus Amerikanisierung, Sozialismus versus Kapitalismus.

Hier waren innenpolitische Frontlinien schnell zu ziehen und hier war vor allem für den Westen Deutschlands und seine neue Verbündeten klar: Antisowjetismus, Antibolschewismus sind für jene Elitenangehörigen, die nach 1945 zeitweise ausgegrenzt wurden, nun eine Eintrittskarte in bundesdeutsche Sicherheits- und Machtstrukturen. Fremde Heere Ost und SD, Organisation Gehlen und schließlich der BND konnten hier Kontinuitäten wahren, ebenso wie die gradlinige Verbindung von Wehrmacht zu Bundeswehr, die nur wenig durch eine antitotalitaristische Selbstverklärung kaschiert wurde. Die Überwindung solcher Traditionslinien dauerte in der Bundesrepublik Jahrzehnte. Nachdem alle Akteure das zeitliche gesegnet haben finden sechs, sieben Jahrzehnte nach der vertanen Chance zum radikalen Bruch mit der Nazivergangenheit Untersuchungen Platz, in denen bundesdeutsche Ministerien, Wissenschaftsorganisationen oder Wirtschaftsunternehmen sich dieser braunen Vergangenheit auch nach 1945 stellen – mit allen Grenzen und allen Rechtfertigungen.

Ein historisches Faktum ragt aus dieser deutschen Nachkriegsgeschichte, genauer der west-, der bundesdeutschen heraus, weil sie ein Umdenken markieren mochte. Aus heutiger Sicht ist es fast lässlich ob des großen zeitlichen Abstandes zum 8. Mai 1945 zu mäkeln. Denn die Bundesrepublik brauchte im Unterschied zu ihrem ostdeutschen, DDR-Gegenentwurf 40 Jahre, um in ihrer politischen Klasse zur Kenntnis zu nehmen, dass es nicht nur um das Erinnern an eine Kapitulation, an eine Niederlage, an einen Zusammenbruch ging, sondern um eine Befreiung. Das brachte erst der konservative Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 zum Ausdruck: "Wir haben wahrlich keinen Grund, uns am heutigen Tag an Siegesfesten zu beteiligen. Aber wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg."<sup>6</sup> Und trotz dieser Einschränkungen hob er hervor: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft."<sup>7</sup>

Es war auch für die Bundesrepublik ein schwieriger Weg, sich bis hinein in konservative Eliten diesen neuen Einsichten zu öffnen. Hatten sie sich schon schwer getan, den konservativen Widerstand des 20. Juli 1944 für eine demokratischen, antinazistische Legitimation der eigenen Armee und des Staates zu vereinnahmen, so brauchte es doch weiterer Jahrzehnte, um sich mühsam ein breiteres, positives Bild des Widerstands aller politischen Kräfte einschließlich der Kommunisten zu stellen. Das hieß auch, sich der Schuld zu stellen, die das faschistische Deutschland und seine Terrorapparate auf sich geladen hatten.

Das betraf den langen Weg bis in die Mitte der 1960er Jahre zur Auseinandersetzung mit den Morden in den Konzentrationslagern und hinter den Fronten durch die Einsatzgruppen, denen insbesondere Juden unterschiedlicher Nationalität zum Opfer fielen. Der Ausschwitz-Prozess war hier die wesentliche Zäsur. Das betraf die relativ schnelle, aber durchaus schwierige Versöhnung in Richtung Frankreich, dann auch Israel, schließlich den neuen Blick auf den kommunistisch beherrschten Ostblock. Hier war es vor allem der durch die katholische Kirche beider Länder geebnete Weg, der aber einen entschiedenen Schritt seitens des polnischen Episkopats im November 1965 erforderte. Trotz der "fast hoffnungslos mit Vergangenheit belasteten Lage ... rufen wir Ihnen zu: Versuchen wir zu vergessen! Keine Polemik, kein weiterer kalter Krieg, aber der Anfang eines Dialogs ... In diesem allerchristlichsten und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung."<sup>8</sup> So hieß es im "Hirtenbrief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder". Eine vom Osten ausgehende Initiative ebnete der Weg zu verbesserten Beziehungen, die zugleich im Interesse einer beginnenden Neuen Ostpolitik der Bundesrepublik lag.

Für diesen schwierigen und langwierigen Umdenkprozess – zumal in den Zeiten der Systemauseinandersetzung – waren die Wandlungen der Weltpolitik; aber ebenso die Studentenbewegung der 1960er Jahre zweifellos wichtige Eisbrecher, auch wenn unverändert die Widerstandsleistung politisch abgewogen wurde mit den vermeintlichen oder tatsächlichen Bedrohungen der freiheitlich-demokratischen Ordnung. Trotzdem war bei aller zeitlichen Verzögerung Richard von Weizsäckers Neujustieren des Geschichtsbildes bahnbrechend. Denn es schloss auch ein, sich der Befreier und Sieger zu erinnern, die ebenso ambivalent waren wie die Antihitlerkoalition. Dabei verzichtete auch der Bundespräsident nicht, die sowjetische Entscheidung von 1939 zugunsten Hitlerdeutschlands und gegen Polen

<sup>6</sup> Ansprache des Bundespräsidenten Bundespräsident Richard von Weizsäcker. 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs. Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages. In: Bulletin (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung) Nr. 52 vom 9. Mai 1985, S. 441-448.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Hirtenbrief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder vom 18. November 1965 und die Antwort der deutschen Bischöfe vom 5. Dezember 1965. In: Europa-Archiv. Folge 1/1966, Seiten D 11 - D 17.

zu thematisieren, ebenso wenig die Folgen des sowjetischen Einmarsches in Osteuropa. Trocken konzidierte er allerdings: "Die Initiative zum Krieg aber ging von Deutschland aus, nicht von der Sowjetunion. Es war Hitler, der zur Gewalt griff. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bleibt mit dem deutschen Namen verbunden."<sup>9</sup>

Dieser Durchbruch in der bundesdeutschen Sicht auf den Krieg und sein Ende hing allerdings nicht zuletzt mit einer Entwicklung zusammen, die mit einer veränderten weltpolitischen Situation begründet war. Eine erfolgreiche bundesdeutsche Politik in Zeiten eines neuen Kalten Krieges musste die zarten Pflänzchen einer Entspannung beachten und pflegen. Mit dem gerade begonnenen Weg der Perestroika bot sich – unabhängig von den damals noch nicht abzusehenden weitergehenden Veränderungen – eine solche Möglichkeit, die auch ein anderes Geschichtsverständnis erforderte. Der bislang ungeliebte östliche Sieger wurde ob seines Reformeifers akzeptabler.

Dies ist heute ebenso Geschichte. Dreißig Jahre sind wiederum vergangen und die bipolare Welt von Jalta scheint erledigt. Die einstigen Prämissen der Blockspaltung, des notwendigen Arrangements mit den Siegermächten, auch der östlichen, werden nicht mehr gebraucht. Was interessiert noch der dank großzügiger Moskauer Politiker erfolgreiche Bittgang Kanzler Konrad Adenauers nach Moskau 1955, der nicht nur die letzten Kriegsgefangenen und Internierten in die Heimat zurückbrachte, sondern die Grundlage für gleichberechtigte diplomatische Beziehungen brachte und erstmals den Bonner Alleinvertretungsanspruch untergrub. Was interessieren die zähen, aber erfolgreichen Verhandlungen der Neuen Ostpolitik, um im Moskauer Vertrag vom August 1970 und den dadurch möglich gewordenen Verträgen mit der DDR 1971/72 so etwas wie Normalität im noch gespaltenen Nachkriegsdeutschland zu erreichen. Selbst das zu Lasten der DDR ausgegangene sowjetische Plazet für die Herstellung der deutschen Einheit zählt nunmehr wenig, ebenso wie die einstigen Versprechungen hinsichtlich einer ausgewogenen und nicht aggressiven Politik gegenüber Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Wenn Deutschland wieder einen Führungsanspruch in Europa und der Welt wahrnehmen will, dann muss sie mit ihrer Geschichte fertigwerden. Demut ob der Verbrechen ist sicher ernst gemeint, aber ebenso wie in Zeiten des Kalten Krieges interessengeleitet und selektiv. Die deutsche Staaträson hinsichtlich der Anerkennung und Verteidigung des Existenzrechtes des Staates Israel ist leichter zu bekommen als eine offenherzige und großzügige Entschädigung für Zwangsarbeiter, Ghettobewohner, Kriegsgefangene oder auch die Begleichung von Zwangsanleihen. Der Streit um die Entschädigung der Zwangsarbeiter – solange hintertrieben, bis es marginale Summen für wenigen Überlebenden gab, wobei sich die deutsche Wirtschaft, einstiger Hauptnutznießer dieser perfiden Art der Ausbeutung im Geben schwerer tat als einst im Nehmen und Auspressen – bis hin zu den unwürdigen Streitereien um offene deutsche Kriegs-Rechnungen in Athen lassen die Wunden immer wieder aufbrechen. Wobei anzumerken ist, dass es weniger um das Freikaufen von Schuld als um die moralische und politische Anerkennung dieser Schuld geht. Fiktive zinseszinsverzinsten Aufrechnungen helfen da wenig weiter. Leider hat hier auch die zeitliche Distanz ihren Tribut. Unbürokratische Hilfen in den wenigen noch vorhandenen Einzelfällen, gemeinsame Stiftungen und Jugendbegegnungswerke können hilfreich sein. Bedeutsamer bleibt eine konsequente geschichtspolitische Abrechnung mit der Vergangenheit.

### *Korrektur der Geschichte*

Die jüngsten Entwicklungen zeigen, wir sind heute hinter die Einsichten Richard von

---

<sup>9</sup> Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei der Gedenkveranstaltung a.a.O.

Weizsäcker zurückgefallen in der Bundesrepublik. Es ist eine sukzessive Entwicklung, die etwas mit einer wachsenden Bereitschaft zu tun hat, einen Schlussstrich unter der ungeliebten Vergangenheit zu ziehen. Hier kann nur auf einige der zentralen Punkte verwiesen werden, in denen eine Verwässerung der uneingeschränkt kritischen Stellung zu Hitlers Krieg und zum Faktum seiner Niederlage erfolgt:

- Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs wird umgedeutet. Das Versagen der westlichen Appeasementpolitik tritt hinter die sowjetische Flucht in die Verträge von 1939 zurück, die allein am fatalen Zweckbündnis zur Abgrenzung von Interessensphären gemessen werden. Moskaus Vorgehen gegen Polen und das Baltikum wird berechtigt angeprangert, das Schicksal der vom Westen zuvor geopfertem Spanier und Tschechoslowaken kaum beklagt. Warum auch daran erinnern, dass Hitler zum Krieg gegen die UdSSR ermuntert werden sollte.
- Schon seit Jahren erfolgt unter Bezug auf die westalliierte Landung in der Normandie am "D-Day" die Aufwertung der Westfront zur vermeintlich entscheidenden Front des Zweiten Weltkriegs, eindeutig zu Lasten der anderen Fronten dieses Krieges, auch der anderen Kriegsschauplätze. Vor allem geht das aber zu Lasten der Hauptfront des Krieges – die Front gegen die Sowjetunion, an der die meisten deutschen Soldaten während des gesamten Krieges kämpften, an der die größten Verluste zu verzeichnen waren und an der vor allem Sowjetarmee und sowjetische Zivilbevölkerung in ihrer nationalen Vielfalt von Russen, Ukrainern, Juden, Kasachen, Georgiern usw. einen unermesslichen Blutzoll von wohl 27 Millionen Menschen zu zahlen hatten.
- Betont werden die deutschen Opfer von dem versenkten Truppentransporter "Gustloff" bis zur Bombardierung Dresdens, nicht als zwangsläufige Folgen eines von Berlin ausgehenden verbrecherischen Krieges, sondern das subjektive Gefühl vieler Deutscher pflegend, die doch auch gelitten und verloren haben.
- Als eine besondere Last werden Flucht und Zwangsaussiedlung, als Vertreibung gebrandmarkt, herausgestellt, die die Deutschen besonders betroffen hätten und sie in eine gleiche Opferrolle brächten wie vergleichbare Opfer in allen Kriegen. Deshalb wird der erstmals am 20. Juni 2015 zu begehende "Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung" faktisch zuvörderst die deutschen Opfer in den Mittelpunkt rücken - unter weitgehendem Ausblenden der historischen Ursachen. Die Auseinandersetzungen um ein "Zentrum gegen Vertreibung", das vor Jahren der Bund der Vertriebenen initiierte und das heute durch die Bundesregierung in einer breiter angelegten unselbständigen "Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung" mit gesamteuropäischer Ausrichtung umgesetzt werden soll, ist dabei ein wesentliches geschichtspolitisches Zeichen.
- Berechtigt wird der in Dimension und Konsequenz einzigartige Mord an den Juden hervorgehoben. Dabei wird jedoch der Charakter des faschistischen Krieges zu einem Vernichtungskrieg gegen die Juden umgedeutet und der Holocaust zu *der* zentralen Erfahrung und *dem* Verbrechen dieses Krieges erklärt. Abgesehen davon, dass dies Ursachen und Bedingungen faschistischer Kriegstreiberei ins Irrationale verfälscht, gehen die konkreten imperialistischen Gelüste auf "Lebensraum" und Unterwerfung Europa wie der Welt ebenso verloren wie die Völkervernichtungsabsichten und vor allem –praxis im Zuge der "Neuordnung" Europa und eines "Generalplanes Ost" gegen Slawen, Sinti und Roma, politisch Missliebige, gegen alle als "minderwertig" eingestuft Menschen.
- Mit dem weitgehenden Ausblenden der sozialökonomischen Dimension des

Weltkrieges wie auch der meisten anderen politischen Ereignissen hat in der Auseinandersetzung mit der Geschichte oft ein abstraktes Moralisieren jenseits dieser harten Fakten, aber auch jenseits einer historisierenden Einordnung von Ereignissen, Handlungsweisen und Personen Raum gegriffen. Mit Wertmaßstäben von heute wird mit Kriegspraktiken, etwa dem Partisanenkrieg und seiner möglichen Nähe zum Terrorismus umgegangen oder mit der Rekrutierung von Minderjährigen in diesem Krieg, um nur auf zwei Aspekte zu verweisen. Bezeichnenderweise entsprechen diese moralisierenden, sicher ehrenwerten, aber oft weltfremden oder diskreditierenden Herangehensweisen auch nicht den realen Praktiken heutiger Politik und Konfliktaustragung, gerade beim Engagement der westlichen Staaten- und Wertegemeinschaft. Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien stehen dafür nur stellvertretend. Wenn auch seit den die Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher die Notwendigkeit eines durchsetzbaren Völkerrechts postulierten bleibt dies einseitig und wie jedes Recht auch politisch beeinflusst, wenn sich ihm nicht alle Staaten gleichermaßen unterwerfen.

All dies passt in eine Geschichtsschreibung und Erinnerungspolitik, die sich vermeintlich von macht- und geopolitischen Zügen klassischer Politikgeschichte ebenso löst wie von sozialökonomischen Fragestellungen einer Gesellschaftsgeschichte, geschweige denn einer marxistischen Auseinandersetzung mit Geschichte. Das Vorgehen bleibt interessengeleitet, relativiert deutscher Schuld und soll jeglichen Bezug auf die sozioökonomischen Grundlagen eines Faschismus, der eine gefährliche Abart des Kapitalismus bleibt, vernebeln. Nicht umsonst gehört es zum Dauerrepertoire allen Redens über die Zeit von 1933-1945, dass vom Nationalsozialismus, nicht vom Faschismus gesprochen wird. Dabei müsste mehr Max Horkheimers Diktum gelten, dass "wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, ... auch vom Faschismus schweigen (sollte)". Dafür ist im Mainstream der Seitenhieb auf sozialistische Ideen und Politik ebenso beabsichtigt wie das Verhindern, nach Gemeinsamkeiten mit anderen diktatorischen, antidemokratischen, antilinken, nationalistischen, gelegentlich auch rassistischen Regimen zu suchen. Lieber werden das ewig Böse des Menschen, sein Irrationalismus, seine Emotionen beschworen. Nicht soziale Gruppen, Klassen hätten gehandelt, sondern einzelne Personen, die mit ihrem Verhalten oder Versagen eher wie Schlafwandler, so das treffende Wort eines Weltkriegs I-Historikers ins Verhängnis hineingeschlittert sind.

### *Eine Großmacht in Befreiungsmision mit sozialistischer Option?*

Eine der komplizierten Fragen für linkes Erinnern an das Jahr 1945 ist die Stellung zur Sowjetunion. Ja, ein diktatorisch verfasstes Staats- und Gesellschaftswesen unter Josef Stalin führte diesen Krieg und drang als Befreier in das Herz Europas vor. Die Sowjetunion Stalins handelte als sozialistische Macht, aber auch als Großmacht mit eigenen machtpolitischen Interessen. Großmachtpolitik und revolutionärer Anspruch kollidierten nicht selten, auch zu Lasten der jeweiligen linken Bündnispartner – sie konnten wie im griechischen Bürgerkrieg fallen gelassen werden, wenn sie außerhalb der sowjetischen Einflussphäre handelten. Sie konnten wie die deutschen Kommunisten der SED hingehalten werden, wenn es um die Alternative eines starken, neutralen prosovjatischen Deutschlands oder um einen kleinen prosovjatischen Rumpfstaat DDR ging.

Für Zeitgenossen und überzeugte Kommunisten war es schwierig, die neue Rolle des sowjetischen Staates stets zu erfassen. Um zu überleben handelte dieser Staat nach klassischen nationalen, machtpolitischen Interessen. Bündnisse ergaben sich nicht unbedingt aus weltanschaulicher und politischer Übereinstimmung sondern aus der Einsicht, dass der



Feind meiner Feind nun Verbündeter sein konnte. Konservative Partner waren hier durchaus willkommen, wie die sowjetisch-deutsche Zusammenarbeit spätestens nach dem Vertrag von Rapallo offenbarte. Wirtschaftlicher Austausch und enge militärische Zusammenarbeit ermöglicht den Paria der Nach-Versailler-Welt einen erfolgreichen Neubeginn.

Solange hier gleichberechtigt gehandelt wurde überstand dieses Bündnis manche Bedrohungen und Irritationen. Erst in dem Moment, da Nazideutschland seine Weltmachtansprüche erhob und sich gegen eine widernatürliche Zusammenarbeit mit der bolschewistischen Macht wandte zerfiel dieses Bündnis. Umso problematischer und verhängnisvoller waren der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt und die Geheimprotokolle über die Abgrenzung von Einflussphären, die unmittelbar mit Gewaltakten gegen Polen und mit dem Anschluss der baltischen Republiken umgesetzt wurden. Die Atempause war gering für Moskau, die Irritation der eigenen Genossen in der Welt groß. Erst der Überfall Hitlerdeutschlands im Juni 1941 sorgte für klare Fronten.

Die Politik des Großen Terrors der 1930er Jahre hatte zudem die Sowjetunion bei Kriegsbeginn entscheidend geschwächt, die eindringenden deutschen Verbände konnten auf Sympathien unter Teilen der örtlichen Bevölkerung rechnen. Allerdings hielten die nicht lange vor, denn die deutschen Faschisten erwiesen sich als jene Mörder und Brandschatzer, die die sowjetische Propaganda berechtigt in ihnen sah. Die nicht wenigen rekrutierten und erpressten "Hilfswilligen" wurden zum Kanonenfutter der deutschen Seite und später zu jenem tödlichen Strandgut des Krieges, das in Osteuropa, auch in der Sowjetunion Banden- und Bürgerkriege praktizierte, von den sowjetischen und osteuropäischen Behörden schonungslos verfolgt wurde. Heute erinnern sich die postkommunistischen Staaten in Osteuropa an diese Helfershelfer der Faschisten, oft unmittelbar in der SS, die am Mord an ihren eigenen Landsleuten, Juden und Nichtjuden, Partei- und Staatsfunktionären, Partisanen beteiligt waren. In Osteuropa wird nicht zuletzt ausgeblendet, dass die Vorkriegsregime oft selbst nahe den faschistischen idealen errichtet waren, selbst antidemokratisch, nationalistische, antikommunistische, gelegentlich auch antisemitische Diktaturen waren.

Auf der anderen Seite dieser sowjetischen Politik stand die ehrliche Überzeugung, nicht nur die faschistische Besatzung und Barbarei im eigenen Land und in den anderen von Hitlerdeutschland besetzten Staaten zu beseitigen. Die Politik zielte auch darauf, in den nun befreiten und eroberten Staaten jene sozialen Umbrüche in Gang zu bringen und erforderlichenfalls auch künstlich zu beschleunigen, die kapitalistische Verhältnisse beseitigen und sozialistische Verhältnisse bringen sollte. Dafür gab es in diesen Ländern nicht nur bei den Kommunisten und anderen Linken Sympathien, auch wenn sich schnell herausstellte, dass die sowjetischen Helfer alsbald nur ihre eigene, stalinistische Blaupause eines solcherart sich sozialistische gebenden Neubaus der Gesellschaft kannten: Allmacht der kommunistischen Partei, Überzentralisierung, Verschärfung des Klassenkampfes, strikte Unterordnung unter die sowjetischen Ziele in der Systemauseinandersetzung. Widerstand dagegen, auch versuchte Diskussion wurde rasch unterbunden je mehr der Kalte Krieg sowjetisches Handeln bestimmte.

Es war eine Befreiung von der faschistischen Unterdrückung und zugleich der Versuch, ein für alle Mal den Nährboden zu beseitigen, aus dem Faschismus und Kapitalismus seine Kraft zog. Es war ein Versuch, dies mit allen Mitteln zu betreiben, der neuen Widerstand erzeugte bei denen, die Demokratie und Sozialismus wollten, aber nicht mit diesen diktatorischen Mitteln.

*Linke Geschichtspolitik und die Befreiung*

Linke Geschichtspolitik muss mit nüchterner Analyse und dem Benennen der sozialen Fragen gehalten. Sie muss verdeutlichen, dass der 2. Weltkrieg und sein Ende die Vernichtung des deutschen Faschismus wie des japanischen Imperialismus brachte. Dieser Sieg war mit Besonderheiten verknüpft, die nicht zuletzt die Linke, auch und gerade ihren radikalen kommunistischen Flügel, die Legitimation in ihrem antikapitalistischen Anspruch gab und auch heute noch gibt. Es war ein Krieg gegen die Kriegstreiber und Völkermörder in einem breitestmöglichen Bündnis von antifaschistischen, demokratischen Kräften über alle politischen und sozialen Grenzen hinweg.

Kommunisten, Linkssozialisten, Sozialdemokraten, Christen, Konservative, Adlige hatten den gleichen Feind, der sie aufs Blut bedrohte und der aufs Blut bekämpft werden musste. Der Lernprozess der einzelnen Gruppen dauerte unterschiedlich lang. In Deutschland blieb es eine Minderheit. Die Befreiung musste hier trotz großer Opfer des inneren Widerstandes von außen gebracht werden. Dieser Sieg von außen war der Sieg einer Antihitlerkoalition, die eigentlich ursprünglich verfeindete sozialistische wie kapitalistische Staaten, westliche Demokratie wie sowjetische Diktatur gegen einen Todfeind zusammenstehen ließ.

Nicht vergessen werden darf, dass dieser Krieg weltweit, in Europa, Asien, Nordafrika tobte, dass in ihm zuallererst Linke, nicht zuletzt Kommunisten, einen hohen Blutzoll entrichteten. Mit ihrem Kampf und ihren Opfern erwarben sie auf Jahrzehnte im Volk, auch bei ihren sonstigen politischen Gegnern Achtung und Respekt. Allein die alte Bundesrepublik, die faschistischen Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland stellten sich dieser Wahrheit lange quer und verfolgten über Jahrzehnte Kommunisten und deren Sympathisanten.

Zu den Folgen des antifaschistischen Kampfes gehört, dass in weiten Teilen Europa und Asiens dieser Kampf und die Befreiung eine kurze Phase einer möglichen Linkswendung auch außerhalb des sowjetischen Einflussbereichs eröffnete. Das war auch Reaktion auf den Umstand, dass die nationalen herrschenden Klassen sehenden Auges in die Niederlage 1939/40 gelaufen waren und nicht unerhebliche Teile von ihnen mit den deutschen Besatzern kollaborierten. Dies und die Krisenerfahrungen der 1930er Jahre hatten viele Menschen überzeugt, dass es einen anderen, antikapitalistischen Weg geben müsse. Auch in den sowjetisch besetzten Gebieten zwangen keineswegs nur Moskaus Bajonette die künftige Entwicklung in Richtung sowjetischen Block. Vielmehr versuchten Kommunisten und linke Sozialdemokraten gemeinsam mit erheblichen Teilen ihrer Völker tatsächlich einen Neuanfang jenseits von Dogmen und Zwängen. Das gilt auch für die Zeit unmittelbar nach der Befreiung und des beginnenden Wiederaufbaus in allen Besatzungszonen Deutschlands. Auch hier waren lange Entscheidungen offen, abhängig vom Kalten Krieg, vom Geschick der Linken, dem Druck der Reaktion. Die Wege Finnlands oder Österreichs zeigten z.B., dass es keine Zwangsläufigkeiten gab. Sowjetische Politik war immer zuerst Sicherheitspolitik und der konnte man in vielfältiger Weise gerecht werden.

Am nachdrücklichsten wurde im Buchenwalder Manifest linker Sozialisten ausgesprochen, was ein möglicher linker in Europa und Deutschland sein konnte. Diese Sozialisten orientierten im April 1945 auf einen "revolutionären demokratischen Sozialismus". In breiter linker Einheit waren sie überzeugt: "Deutschland kann ökonomisch nur auf sozialistischer Grundlage wiederaufgebaut werden." Deutschland müsse sich mit den französischen und polnischen Nachbarn verständigen, in den "angelsächsischen Kulturkreis" eintreten, aber zugleich seine Außenpolitik im Einvernehmen mit der Sowjetunion gestalten.<sup>10</sup>

Tatsächlich gab es von unten her eine kurze Phase basisdemokratischen, auf gemeinsames

---

<sup>10</sup> Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald vom 13.4.1945. In: Peter Brandt/Herbert Ammon (Hrsg.): Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945. Reinbek bei Hamburg 1981, S. 62ff.

Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten, vieler Demokraten gerichteten Neubeginns. Es waren Monate und wenige Jahre, die nicht allein durch Chaos, Zerstörung, Anarchie, Rache gekennzeichnet waren, wie aktuelle Publikationen glauben machen wollen, sondern die Phase eines zu früh und zu radikal abgebrochenen demokratischen Aufbruchs mit offener, möglicherweise demokratisch-sozialistischer Perspektive. Alle vier Besatzungsmächte ebenso wie die sich wieder formierenden Parteien, auch die der Arbeiterklasse, sorgten dafür, dass so viel Spontanität schnell in geordnete Bahnen gelenkt und damit auch abgewürgt wurde.

In Deutschland war das Programm der Potsdamer Konferenz der Großen Drei, respektive Vier ein Versprechen auf einen einheitlichen Staat auf dem Trümmern des Nazireiches. Allerdings markierte diese Konferenz mit der Abschluss der Aufteilung der Interessen- und Machtsphären zwischen den sich abzeichnenden Blöcken, mit der Einführung der Kernwaffen als militärischen und vor allem politisches Gestaltungsmittel durch die USA den Umschwung zu einer Nachkriegsphase, die alsbald in den Kalten Krieg einmündete. Sie brachte das Ende des demokratischen Aufbruchs, den Bürgerkrieg in Griechenland, die Ausschaltung der kommunistischen Minister in Frankreich und Italien, die Sowjetisierung der osteuropäischen Staaten, die Spaltung Deutschlands und die Unterordnung der beiden besetzten Teile Deutschlands unter die jeweiligen Supermächte.

Der Sieg der Staaten der Antihitlerkoalition ermöglichte zugleich Ansätze einer neuen Weltordnung, die trotz der Einbindung in die sich abzeichnende Blockkonfrontation jahrhundertelange Unterdrückungsstrukturen aufbrach. Im antifaschistischen und antiimperialistischen Kampf gegen Deutschland, Japan und Italien gewannen nationale Befreiungsbewegungen in Asien und Afrika politisches Gewicht und den Drang, sich jeglicher Unterdrückung zu entledigen. Das betraf nicht nur die Achsenmächte sondern auch die Unterwerfung seitens der vermeintlich so freien westlichen Demokratien, die als Kolonial- und Hegemonialmächte wenig zivilisierten, aber umso mehr ausbeuteten.

Nationale Bewegungen hatten ebenso wie die massenhaft rekrutierten Soldaten aus diesen Ländern erfahren, was Befreiungskampf sein konnte und wollten dies nun einlösen. Das dauerte zwar nach einer ersten Unabhängigkeitswelle unmittelbar nach dem Krieg noch zwei Jahrzehnte. Aber auch dank der Präsenz eines von Moskau geführten realsozialistischen Blocks konnten diese Kräfte ihren Ausbruch aus dem bisherigen Kolonialstatus erzwingen und sich zunehmend zu einem zwar umworbenen, auch in die Ränke der beiden Blöcke hineingezogenen, aber doch eigenständigen weltpolitischen Faktor entwickeln.

Die weitere Geschichte muss sich messen lassen an der Erfahrung mit dem Faschismus in all seinen Spielarten und seiner Niederwerfung. Es zeigt sich, dass antidemokratische, nationalistische, rassistische aggressive Kräfte gestoppt werden können von einer breiten politischen Front unterschiedlichster Kräfte, ja von einem Staatenbund wie die Antihitlerkoalition. Es zeigte sich, dass Menschen bereit sein können, für ihre Freiheit zu kämpfen und dass Linke hier eine herausragende Rolle spielen vermögen. Die entscheidende Schlussfolgerung müsste sein, wie Gesellschaften zu organisieren sind, die mit dem faschistischen Gedankengut radikal brechen. Hier gewann nicht zuletzt die DDR ihre Legitimation als antifaschistischer Staat. Trotz vieler Kontinuitäten gerade in den Eliten und die strikte antikommunistische und antisowjetische Ausrichtung ließ auch die westdeutsche Gesellschaft und ihren Staat so demokratisch sich entwickeln, dass eine Wiederkehr des Nazitums als gesellschaftlich bestimmende Kraft verhindert werden konnte.

Das Wiedererstarken imperialistischer Politik und das Neusetzen zwischenimperialistischer Widersprüche im Ringen um möglichst hegemoniale Vorherrschaft machen die Lehren dieses Krieges und des Sieges hochaktuell. Solchen Vorherrschaftsbestrebungen muss Einhalt

geboden werden. Die Erfahrungen eines zwar nicht immer leichten Gegen-, aber zunehmend Miteinanderlebens von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in Zeiten des Kalten Krieges verdienen bewahrt werden. Selbstbescheidung, politischer Widerstand und nicht zuletzt Massenbewegungen halfen, die Kriegsgefahr einzudämmen.

Ebenso besorgniserregend ist das Erstarken von nationalistischen, chauvinistischen und rassistischen, religiös-fundamentalistischer Ideologien und Bewegungen als Krisenreaktion unterschiedlichster Kräfte. Das Ausgrenzen und Bedrohen andersdenkender, anderslebender, andersgläubiger, verachteter Bevölkerungsgruppen im Inneren und von außen in Gesellschaften hineinströmend begünstigen faschistoide Bewegungen. Als partielle Staatsideologien massenmedial verbreitet sind sie an die Stelle des Antikommunismus getreten und rechtfertigen eine aggressive Politik, die mit allen, auch militärischen Mittel "westliche Werte" allen Völkern aufzwingen will. Bedrohlich ist der Verfall jener antifaschistischen Einsichten und demokratischen wie toleranten Ansätze, die in den Nachkriegsjahrzehnten in Ost wie West sich mühsam durchsetzten. Der antifaschistische Grundkonsens wird in einem vermeintlichen Antitotalitarismus aufgeweicht, der genau die Kräfte diskreditiert, die bei allen Schwächen, Irrtümern und auch zu verantwortenden Verbrechen Widerstand geleistet hatten und schließlich siegten.

Die heutigen Streite um das Erinnern an den Krieg und die Befreiung, insbesondere an den 8. Mai 1945 und damit an die entscheidende Rolle der Sowjetunion und ihrer Roten Armee bestimmt den Umgang mit der Geschichte, aber auch mit dem heutigen russischen Staat. Natürlich hat Egon Bahr Recht, wenn er betont: " Den 70. Jahrestag des Kriegsendes wird am 9. Mai die Welt in Moskau begehen. Wer die Seele Russlands erreichen will, wird dabei nicht fehlen dürfen."<sup>11</sup>

Es geht um die praktische Erinnerung an die Befreiung an die Befreier. Veranstaltungen, offizielle Kranzniederlegungen oder die von Götz Aly empfohlene individuelle Erinnerung am sowjetischen Ehrenmal in Berliner Tiergarten können ebenso dazu beitragen wie die Forderungen der Partei Die Linke nach einem Erinnerungstag zur Befreiung, die Rückbenennung der Straße der Befreiung in Berlin oder die Forderung nach Entschädigung für sowjetische Kriegsgefangene. Entscheidender wird das Handeln gegen jede neue Aggressionspolitik, gegen jeden neuen Versuch oder genauer die Praxis einer Weltbeherrschung durch eine Macht und ihren Block sein müssen, wie dies die USA und deren europäische Verbündete einschließlich der Bundesrepublik praktizieren. Sie stoßen heute auf Widerstand von anderen Staaten, nicht zuletzt Russlands und Chinas, aber auch von anderen mittleren Mächten, die ihre eigenen imperialistischen Interessen verfolgen, aber vor allem die Vorherrschaft der einen Supermacht verhindern wollen. Auch Linke werden sich in diesem Streit positionieren müssen.

Nicht zuletzt: Die entscheidende, wenn auch nicht alleinigen Rolle der Sowjetunion als Sieger und als Befreier 1945 zu betonen liegt im Interesse jener Linken, die sich als – wenn auch kritische und selbstkritische - Nachfolger jener radikalen Linken, jener Kommunisten und Antifaschisten verstehen, die als Teil der Antihitlerkoalition und als Verbündete der Sowjetunion im Kampf um die Befreiung und einer sozialistische Zukunft standen.

---

<sup>11</sup> Rede des Dr. Friedrich Joseph Haass-Preis-Trägers 2015, Prof. Dr. Egon Bahr, anlässlich der Preisverleihung am 26. März 2015. Deutsch-Russisches Forum e.V. Berlin, S. 9 - [http://www.deutsch-russisches-forum.de/fileadmin/image\\_archive/MV\\_und\\_Haas\\_Preisverleihung/Rede\\_Verantwortungspartnerschaft\\_mit\\_Moskau\\_und\\_Washington\\_frei\\_gegeben.pdf](http://www.deutsch-russisches-forum.de/fileadmin/image_archive/MV_und_Haas_Preisverleihung/Rede_Verantwortungspartnerschaft_mit_Moskau_und_Washington_frei_gegeben.pdf) [29.03.2015 21:02].